

E-Mail der FDP vom 24.04.2009:

Unsere Stellungnahme:

Sehr geehrter Herr Dr. Fleissner,

ich komme zurück auf Ihre Anfrage vom 26. Januar 2009.

Mobbing ist ein ernsthaftes gesellschaftspolitisches Problem, ob am Arbeitsplatz, in der Schule oder im privaten Umfeld. Für die FDP schützt der Rechtsstaat selbstverständlich auch vor Mobbing am Arbeitsplatz. Die Menschenwürde hört an der Bürotür nicht auf. Freiheit und Verantwortung heißt auch gegenseitige Rücksichtnahme. Dennoch liegt es in der Verantwortung eines jeden Bürgers, entschieden gegen jede Form des Mobbing einzutreten und Mobbing-Opfern Unterstützung zu leisten bzw. Mobber von ihrem Verhalten abzubringen.

In diesem Zusammenhang ist Aufklärungs- und Bildungsarbeit von besonderer Wichtigkeit. Sie ist Grundlage für eine Kultur des Miteinanders und der gegenseitigen Toleranz. Dies sind zentrale Grundwerte unserer Zivilisation denen Liberale sich in besonderer Weise verpflichtet fühlen und für deren Erhalt wir täglich mit persönlichem Engagement eintreten.

Durch Gesetze wie das Arbeitsschutzgesetz können Mobbing-Opfer zwar im Nachhinein rechtliche Sanktionen erwirken. Viel wichtiger ist es aber, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem keiner zu einem Opfer herabwürdigenden Verhaltens wird. Dazu ist es notwendig, die Öffentlichkeit für das Thema Mobbing zu sensibilisieren.

Ihre Initiative leistet dafür einen wichtigen Beitrag. Sie helfen, für Opfer von Mobbing Hilfe und Unterstützung zu finden. Bürgerschaftliches Engagement wie Ihres ist für die FDP eine tragende Säule der Bürgergesellschaft, gerade in den Bereichen, in dem staatliche Institutionen nicht oder nur wenig helfen können.

Die FDP tritt mit aller Entschiedenheit für den Abbau von Diskriminierung und gegen Intoleranz ein. Wir fordern: Gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Bürger.

In Bezug auf strafrechtliche Sanktionen besteht in Deutschland nicht zuerst ein Gesetzes- sondern ein Vollzugsdefizit.

Mit freundlichen Grüßen
Dirk Niebel

Gabriele Kwiatkowski
Büro des Generalsekretärs
der Freien Demokratischen Partei
Dirk Niebel MdB

FDP-Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
Tel. 030/28 49 58 81
Fax: 030/28 49 58 82
mailto: kwiatkowski@fdp.de

Hier sehen wir eine Abwälzung staatlicher bzw. arbeitgeberseitiger Verantwortung auf den Einzelnen!

Hier wünschen wir uns konkrete Beispiele!

Weshalb will man in das Arbeitsschutzgesetz nicht den Schutz vor Mobbing aufnehmen?

Aus unserer Sicht können und müssen staatliche Institutionen erheblich mehr helfen!

Weshalb bleibt der Diskriminierungstatbestand Mobbing im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ausgeklammert?

Hier verweisen wir auf unsere Frage 4. Das Vollzugsdefizit besteht neben dem Gesetzesdefizit, nicht stattdessen!